

AUGENBLICK MAL ...

Gewinne für Einzelne, Verluste für alle

Steuersünder! Warum nicht noch harmloser: Steuersünderlein. So kann man das Ausrauben der Gesellschaft verharmlosen.

Schleichend aber stetig haben sich die Kräfte zugunsten der Wirtschaft verändert und die Finanzwirtschaft ist skrupellos genug, auch Staaten gegen die Wand zu fahren. In den letzten 30 Jahren kämpften 87 Länder mit Währungskrisen! Die waren meist verbunden mit Hyperinflationen und Staatsbankrotten. Zuletzt Island, jetzt wackelt Griechenland. Die aktuelle Weltwirtschaftskrise hat es wieder einmal bewiesen: Gewinne für Einzelne, Verluste für alle.

Nur um die Dimension „1 Million“ einmal anders darzustellen: Wenn ein Mensch in Deutschland vom ersten Monat seiner Geburt bis zur Vollendung seines 80-sten Lebensjahres jeden Monat 1.000 Euro bekäme, wäre das weniger als 1 Million.



Anton Wiemers

Die Zahl der Vermögensmillionäre hat sich nach oben verändert ebenso wie die Zahl der Einkommensmillionäre. Das Statistische Bundesamt teilte 2006 mit, dass in Deutschland 12.400 Einkommensmillionäre leben. Das Durchschnittseinkommen lag bei 2,7 Millionen Euro.

Was nicht mitgeteilt wird:

- Nur 15 % der Einkommensmillionäre werden steuerlich geprüft.
- 1,7 % aller Straftaten sind Wirtschaftsdelikte, die 60 % des gesamten durch Kriminalität entstandenen Schadens ausmachen.
- 95 % der Korruptionsfälle bleiben unentdeckt.
- Der Schaden durch die hinterzogenen Steuern und Sozialabgaben wird auf rd. 185 Mrd. geschätzt.

„Nur“ Steuersünder? Reichtum wächst, Armut breitet sich aus.

Der Bamberger Erzbischof Ludwig Schick hat im Zusammenhang mit dem Desaster um den Handy-Hersteller BenQ gesagt: „Das ist Kapitalismus ohne ethische

und moralische Verantwortung. Wenn Kapitalismus ohne Einbindung in eine ethische Ordnung herrscht, dann wird es Raub.“

Der Schweizer Soziologe und UN-Berater Jean Ziegler formuliert: „Die Banker haben mehr Menschen auf dem Gewissen als mancher afrikanische Warlord. Wirtschaftsdelikte müssen wie Kriegsverbrechen verfolgt werden.“ Und: „Oktober 2008 beschlossen die 15 Regierungschefs der Eurozone, 1.700 Milliarden Euro zur Rettung ihrer Banken lockerzumachen. In der gleichen Woche wurden die Beiträge für die Humanitärhilfe der UN um durchschnittlich 50 Prozent gekürzt und tausende Entwicklungshilfeprojekte gestrichen.“ (Jean Ziegler im Berliner Tagesspiegel vom 23.2.2009).

Das geht uns nichts an? NRW hat gewählt. Der Damm der Zurückhaltung ist gebrochen. Egal, welche Parteien sich zusammenschließen: Wer wird wohl die Krise mit welchen Folgen bezahlen? Es werden Einschnitte ins soziale Netz erfolgen. Bankrotte Gemeinden werden Einrichtungen für das Gemeinwohl schließen. Direkte und indirekte Kürzungen bei Einkünften und Versorgungsbezügen sind wahrscheinlich und die Mehrwertsteuer wird auf 21 % angehoben (s. Griechenland) Die einzigen Arbeitsplätze die durch die Schulden des Staates sicher sind, sind die im Bereich der Finanzwirtschaft, bei den Verursachern der Krise. Die Brandstifter lachen sich eins ins Fäustchen. DAS nennt man clever. Und der Markt hat es ja gut gerichtet.

Die Kluft zwischen arm und reich wird

wachsen und auch die Wahrscheinlichkeit von Unruhen.

Bayern wirbt als Standortvorteil damit, dass nicht so viele Steuerprüfer unterwegs sind. Die Politik hat Angst davor, dass das Kapital abwandert. Das hat sicher noch keiner gemerkt, dass auch die deutsche Wirtschaft global unterwegs ist. Nur dem Volk wird Angst gemacht. Warum hat die Politik Angst vor der Finanzwirtschaft und nicht davor, dass „die Straße brennt“?

Zur Rettung systemrelevanter Unternehmen wird Steuergeld eingesetzt. Und wenn man dann genauer hinschaut, stellt man (zu seinem Erstaunen?) fest, dass sich nicht alle an der Finanzierung des Sozialstaates beteiligen. Nicht nur die nicht, die so gut wie kein Einkommen haben und damit steuerbefreit sind, sondern sogar Einkommensmillionäre rechnen sich arm.

Es muss einen doch nervös machen: Armut ist gläsern, der öffentliche Dienst ist gläsern, Reichtum ist gläsern?

Der Gebrauch des Eigentums soll laut Grundgesetz dem Wohl der Allgemeinheit dienen. Die Minister der Bundes- und Landesregierungen haben einen Eid auf das Grundgesetz und die Verfassung geschworen. Schaden vom Volk abwenden, heißt es im Eid.

Wir werden den Kopf nicht in den Sand stecken. Wir wollen sehen, wer uns in den Hintern zu treten versucht. Wir werden uns zu wehren wissen.

Mit kollegialen Grüßen

Anton Wiemers,

Bundesseniorenvorsitzender

POLIZEIDIENST – RUHESTAND – GEWERKSCHAFT

Seit ich im Mai 2009 zum GdP-Landesvorsitzenden der Senioren in Bayern gewählt wurde, befasse ich mich natürlich auch auftragsgemäß mit den Kündigungen der Pensionisten und Rentner.

Jeder Austritt schmerzt. Meistens sind es gruppenspezifische Austrittsgründe („Im Ruhestand brauche ich keine Ge-

werkschaft mehr!“), aber es gibt auch andere, die teilweise zu verstehen sind. Hier ein paar benannte Austrittsgründe:

... ich möchte meine längst überfällige Mitgliedschaft kündigen ...

... war gerne Mitglied der GdP, wenn's auch manchmal echte Turbulenzen gab ...

... habe seit 13 Jahren keine Einladung



zu einer Versammlung oder Neuwahl bekommen ...,
 ... aus finanziellen Gründen ...,
 ... aus gesundheitlichen Gründen ...,
 ... ich kündige, weil ich mit Spannung einer baldigen Antwort entgegen sehe ...,
 ... der Beitrag ist mir zu viel ...,
 ... seit einem Jahr nichts geschieht ...,
 ... man wegen 24,33 Euro einen Mahnbescheid gegen mich erwirkt hat ..., usw.

Trotzdem finde ich alle Gründe für einen Gewerkschafter – insbesondere in der heutigen Zeit – für zu kurz gegriffen.

Wir haben viel erreicht in unserem Berufsleben. Es sollte deshalb das Anliegen von Jung und Alt sein, das zu erhalten und im Alter zu sichern. Ob dazu die Kündigung der GdP-Mitgliedschaft der richtige Weg ist, möchte ich bezweifeln. Es muss unser gemeinsames Interesse sein, Stärkung und Halt für unseren Beruf zu erfahren. Aber dazu brauchen wir eine starke Gewerkschaft.

Der Staat schenkt uns nichts und die Zeiten werden härter. Solidarität ist mehr denn je gefragt. Aber um uns der ständigen Sozialkürzungen zu erwehren, brauchen wir viele Mitglieder. Denn die Mitgliederzahlen sind das Pfund, mit dem wir wuchern können. Nichts anderes zählt

Die Politik betreibt mit ihrer immer so gelobten Polizei Realitätsverweigerung – und ganz so nebenbei werden bei uns die Idealisten weniger.

für die Politik. Und um das zu erreichen, müssen sich Jung und Alt zu einer gelingenden Einheit verbinden.

Der demographische Wandel wird doch nur dramatisiert, um einen Generationenkonflikt herbeizureden. Das wahre Problem ist die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich. Wohlhabende Senioren habe ich noch nie im Abseits stehen sehen.

Wohlstand hängt auch nicht von einer hohen Geburtenrate ab, sondern von der wirtschaftlichen Produktivität. Deswegen ist der Zusammenhalt von Alt und Jung unbedingt erforderlich, um sich gegenseitig zu unterstützen und gut gesellschaftsfähig zu bleiben.

Und das Schlimme bei der Polizei ist, dass wir in den Regierungskoalitionen (Bund und Land) keine Lobby haben. Innere Sicherheit wird als Selbstläufer

angesehen. Das kommt davon, wenn man dauerhaft gut ist. Aber nach erfolgswöhnten Jahren geht es schleichend abwärts.

Wir sind strategisch nicht mehr so gut aufgestellt (nach einer nicht notwendigen

Wir haben viel erreicht in unserem Berufsleben. Es sollte deshalb das Anliegen von Jung und Alt sein, das zu erhalten und im Alter zu sichern.

Reform mit der Zerschlagung funktionierender Direktionen), taktisch schlechter eingestellt (Zielvorgaben, Zielvereinbarungen, Schreibtischfront gibt den Ton an), personell am Hund und hängen finanziell am Tropf (Sozialkürzungen, Einkommenseinbußen).

Die Politik betreibt mit ihrer immer so gelobten Polizei Realitätsverweigerung – und ganz so nebenbei werden bei uns die Idealisten weniger.

Ich verstehe auch nicht, warum man immer an den Senioren rumknabbert. Sind es nicht wir, die im Ehrenamt nicht unerhebliche Dienstleistungen im Sozial- und Gesundheitsbereich erbringen und dem Staat viel Geld sparen? Und außerdem ist auf Dauer ohne die Alten keine Wahl mehr zu gewinnen. Die Politik sollte eigentlich wissen, dass sie auf die Kompetenz und die Erfahrung der älteren Menschen nicht verzichten kann. Aber außerhalb von Wahlzeiten werden wir meiner Meinung nach nur als blockierender Ballast empfunden, denn der Mensch zählt allein nicht viel, sondern nur seine Funktion, aber die gibt man beim Eintritt in den Ruhestand ab.

Deshalb zählt es ab diesem Zeitpunkt doppelt, zusammenzuhalten und mit Entschlossenheit und Geschlossenheit um unsere Rechte zu kämpfen.

Als mein liebstes Beispiel führe ich immer die Polizeireform an. Da lagen die Polizei-Gewerkschaften im Wachkoma. Die Arbeitsebene wurde nicht gefragt, die Führungsebene hielt ruhig, in Sorge um ihre Posten.

Wie ist nun unseren Seniorinnen und Senioren zu vermitteln, dass man auch in der nachberuflichen Lebensphase eine Gewerkschaft braucht? Ohne Gewerkschaft werden wir immer ganz oben auf

der Zugriffsliste der Politik stehen, weil es Pensionisten ja gut geht. Unser Ziel aber muss sein, unseren Lebensstandard zu sichern!

Ich gebe zu, dass es mancherorts nicht die Welt ist, was die GdP den Senioren

zu bieten hat. Aber vielleicht sollten sich unsere obersten Bundes- und Landesgremien einmal Gedanken machen, wie wir unser Angebot einfach und kostengünstig erweitern könnten.

Hier ein paar gut gemeinte Vorschläge (als sog. Schnittstellenprojekte für Jung und Alt):

- **Computer-Kurse (durch frühere EDV-Spezialisten)**
- **Fahrrad-Service-Praktika (durch frühere Werkstatt-Angehörige)**
- **Senioren-Sport-Gymnastik-Gruppen (durch frühere Sport-Übungsleiter)**
- **Gesundheitsprävention (evtl. ärztlicher Dienst „Sanitätspersonal“)**
 Alles unter dem Motto „Pensionisten helfen Pensionisten“.

Zusammenfassend sei gesagt, dass Alt und Jung zusammen gehören und sich nicht auseinanderdividieren lassen dürfen, um ihre Ziele zu erreichen. Der aktive Dienst hat Struktur – der Ruheständler Sozialprobleme. Je weniger Mitglieder wir miteinander haben, desto schwächer werden unser Einfluss und unsere Position.

Alle Bereiche sind wichtig, aber wenn die Verantwortlichen mit der Polizei weiterhin so umgehen, wird die schön geredete Kriminalstatistik nach unten umschlagen und wir steuern auf rechts- und vollzugsfreie Räume zu. Und ist der Karren erst mal in den Dreck gefahren, bringt man ihn so leicht nicht wieder heraus.

Auch wir Alten wollen unseren gesellschaftlichen Stellenwert nicht noch weiter absinken und uns aufs Altenteil abschieben lassen. Und so wie man uns behandelt, werden wir auch wählen.

Im Alter ist man immer noch wechsel- und kontaktfreudig – und nicht menschen-scheu!

Günter Klinger aus Fürth

